

Dissens wird groß geschrieben

In der Rechtschreibdebatte regiert das Fragezeichen. Zurück zu den alten Regeln wie SPIEGEL, Axel Springer Verlag und "Süddeutsche Zeitung" ankündigen? Oder festhalten an den neuen, wie vom Kanzler und der zwischenstaatlichen Rechtschreibkommission gefordert? Eine Professoren-Gruppe will das Problem von unten lösen - per Volksabstimmung.

Berlin/Hamburg - Im Streit über die deutsche Rechtschreibung formieren sich erneut die Lager: Auf der einen Seite die Regierung, mit Kanzler Schröder an der Spitze, der sich dezidiert gegen eine Rücknahme der Rechtschreibreform ausspricht. "Es gibt seitens der Bundesregierung keine Überlegungen, die Rechtschreibreform rückgängig zu machen", erklärte der stellvertretende Regierungssprecher Hans-Hermann Langguth heute in Berlin. Der Kanzler habe bereits vor Wochen seinen Standpunkt klargestellt. Langguth verwies außerdem auf die Zuständigkeit der Länder, insbesondere der Kultusminister, in dieser Frage.

Volksentscheid gegen Regelwirrwarr

Ein Punkt hinter die Debatte ist damit aber noch lange nicht gemacht: Rund 70 Rechtsprofessoren aus Deutschland, Österreich und der Schweiz forderten heute eine Volksbefragung, obwohl das Grundgesetz zu solchen Themen bisher keine bundesweiten Volksentscheide vorsieht. Eine Idee, die bei Doris Ahnen, Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK), auf Ablehnung stößt. Gestern hatte sich Ahnen in der ARD-Sendung "Sabine Christiansen" explizit gegen eine Volksabstimmung gewandt.

Der Sprecher der Professoren-Initiative, der Münchner Rechtsanwalt Johannes Wasmuth, erklärte heute jedoch, die Entscheidung über die Reform müsse den Kultusministern genommen und an die Parlamente delegiert werden. In diesem Sinne sei eine Volksabstimmung am besten.

Ahnen hingegen hält die Diskussion für überzogen: Die Mehrzahl der Bürger in diesem Land hätte "ganz andere Sorgen", so die SPD-Politikerin. Zudem verwies Ahnen erneut auf den "einstimmigen Beschluß" in der KMK, die Rechtschreibreform zum 1. August 2005 einzuführen. "Zur guten Demokratie gehört auch Verlässlichkeit. Wir können nicht alle drei Tage die Pferde wechseln", betonte die rheinland-pfälzische Kultusministerin.

Vertreter der Unionsparteien stehen weiterhin zur ihrer reformfeindlichen Position: So verwies der stellvertretende CDU-Vorsitzende Jürgen Rüttgers auf eine Volksinitiative in Schleswig-Holstein Ende der neunziger Jahre, bei der eine große Mehrheit gegen die Rechtschreibreform gewesen sei. "Die Politik hat dann entschieden, das interessiert uns nicht, und wir machen weiter", kritisierte Rüttgers. Der CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2005 in Nordrhein-Westfalen will im Fall eines Sieges im bevölkerungsreichsten Bundesland zur alten Rechtschreibung zurückkehren. Eine gemäßigtere Position vertritt Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff. Der CDU-Politiker plädierte heute dafür, das Normenwerk auf Basis der alten Regeln weiterzuentwickeln.

Thomas Paulwitz, Schriftleiter der Zeitschrift "Deutsche Sprachwelt", forderte hingegen eine vollständige Rücknahme der Reform. Dadurch würde unter anderem erreicht, daß Schulkinder nicht mehr auf einer einsamen Rechtschreibinsel lebten. Denn nirgendwo werde die Reform derzeit so angewandt wie in der Schule. Paulwitz sprach sich zugleich für eine Verlängerung der Übergangsfrist bis 2010 aus.

Entlastung von Lehrern und Schülern

Bei allem Zwist und Zoff im Regelstreit: Was Reformgegner und -befürworter letztlich verbindet, ist der Wunsch nach Einheitlichkeit: So forderte der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) eine "konzertierte Aktion der großen deutschen Verlage", um Einheitlichkeit im Regelwarrirrraum herzustellen. DJV-Bundesvorsitzender Michael Konken verlangte, aus den Erfahrungen der Testphase müsse jetzt ein für alle Seiten annehmbares Konstrukt gebildet werden.

Konken beklagte, die Kultusministerkonferenz hätte die Änderungen der Regeln in den vergangenen Jahren nicht kontinuierlich zu den Menschen getragen. "Die Reform fand in der Schule und in der Duden-Redaktion statt", sagte der DJV-Vorsitzende. Die Politik und die Rechtschreibkommission müßten sich jetzt nicht wundern, wenn die Praktiker dem Hickhack um die Rechtschreibung ein Ende machten, da "die Reform an der Öffentlichkeit vorbei erdacht und umgesetzt wurde".

Auch der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, wünscht ein schnelles Ende der Reformdebatte. "In den Schulen ist es so, daß wir uns nichts mehr herbeisehnen als ein Ende der Debatte und Klarheit, was die Normen in der Orthographie betrifft", sagte Kraus heute im Deutschlandfunk.

Die Belastung von Schülern und Lehrern ist auch Grundlage der scharfen Kritik am Anti-Reformkurs der Verlagshäuser. So warf Karl Blüml, der Vorsitzende der zwischenstaatlichen Rechtschreibkommission, den Verlagen, die zur alten Rechtschreibung zurückkehren wollen, "pädagogische Verantwortungslosigkeit" vor. Kinder, Eltern und Lehrer würden unter "schweren Druck" gesetzt, so Blüml heute im DeutschlandRadio Berlin. Allerdings seien Nachbesserungen nötig, wie Blüml einräumte. Zwar habe die Reform grundsätzlich Bestand, "daß sie modifiziert und weiterentwickelt werden muß, ist aber sicher".

Aufstand ohne Konzept?

Matthias Wermke, Leiter der Duden-Redaktion, bleibt bei allem Hin und Her gelassen. Er sei "fast sicher", daß es bei der vorgesehenen Umsetzung 2005 bleiben werde. Der derzeitige "Aufstand" gegen die Reform werde keine große Wirkung haben, da dahinter kein Konzept stehe, so Wermke heute gegenüber der Nachrichtenagentur ddp.

Mit Blick auf die Ankündigung mehrerer großer Verlage, auf die alte Rechtschreibung umstellen zu wollen, unterstrich Wermke unter Verweis auf die Reform von 1903, daß die Rechtschreibung im Deutschen "immer eine amtliche Sache" gewesen sei. Auch damals sei die Reform von Politikern verabschiedet worden. 1998 habe das Bundesverfassungsgericht zudem bestätigt, daß die Einführung von Rechtschreibregeln an den Schulen "Sache der Kultusminister" sei.

Modifikationen, Weiterentwicklungen - die Kultusministerkonferenz wird sich am 14. und 15. Oktober abermals mit der Rechtschreibung befassen müssen, eine Woche zuvor tagen die Ministerpräsidenten. Für den 30. August ist ein zwischenstaatliches Treffen - unter anderem mit Vertretern aus Österreich und der Schweiz - auf Beamtenebene in Wien anberaunt, das jedoch schon vor der aktuellen Debatte vereinbart war. Ursprünglich war per KMK-Beschluß ein verbindliches In-Kraft-Treten der neuen Regeln ab dem 1. August 2005 geplant. Ob in Anbetracht der gegenwärtigen Diskussion der Termin eingehalten wird, ist fraglich. Eine Rücknahme der Reform würde allerdings Einstimmigkeit der Länder erfordern.

Artikel erschienen in SPIEGEL online am 9. August 2004